

geführt und verkehren nun als wirkliche Buchhändler seit Jahr und Tag. Diese sind es nun in erster Linie, die den Sortimentsbuchhandel in der Provinz stark schädigen; gegen sie ist aber in keiner Weise vorzugehen; weder ein Kreisverein, noch der Börsenverein, noch irgend eine andere Vereinigung kann gegen deren Uebergriffe etwas machen. Diesen Mißstand haben die Kreis- und Ortsvereine empfunden und sind in verschiedenen Anschriften uns nahegetreten, ob wir diesem Zustande nicht ein Ende bereiten könnten. Daneben sind aber auch Klagen eingegangen, daß Berlin und Leipzig sich in der Gewährung von 10 Prozent nicht auf den Lokalverkehr beschränken, sondern daß von Leipzig und Berlin auch in die Provinz mit 10 Prozent Rabatt geliefert werde. Ich will hier nun keine Fehde gegen Berlin und Leipzig aufspinnen, ich bekunde nur dasjenige, was uns aus verschiedenen Kreis- und Ortsvereinen im Laufe der Zeit zugegangen ist: ich resumiere einfach. Wie im vergangenen Jahre diese Frage sich zuspitzte, mußten wir uns vor die Frage stellen, ob diesem Mißstande nicht begegnet werden könnte. Es wurde vom Kreis Norden, wie Sie wissen, die Rabattfrage auf die Tagesordnung gesetzt; wir glaubten aber, daß nicht ein einzelner Verein in der Rabattfrage vorgehen sollte, sondern daß eine Uebereinstimmung zwischen den verschiedenen Kreis- und Ortsvereinen in dem Vorgehen in der Rabattfrage erzielt werden müsse. Sie wissen Bescheid von unserem Besuche der Versammlung des Kreises Norden in Lübeck; Sie kennen jedenfalls auch die Thesen, die wir dort dem Kreise Norden unterbreitet haben. Sie wissen ferner, daß wir erklärt haben, daß, wenn sämtliche Kreis- und Ortsvereine diesen Thesen ihre Zustimmung geben, wir die Angelegenheit in kräftiger Weise weiter verfolgen wollten. Es war nun vorerst eine Zustimmung sämtlicher Kreis- und Ortsvereine in dieser Sache nicht zu erzielen, vielmehr traten Stimmen auf, die sich für Beschreitung anderer Wege aussprachen, bis wir auf der Braunschweiger Delegiertenversammlung ein endgültiges Mandat bekamen, in der Weise, wie es in Lübeck beschlossen worden war, vorzugehen; mit der Beschränkung allerdings, daß in Berlin und Leipzig der Rabatt von 10 Prozent für den Lokalverkehr auch fernerhin gestattet sein sollte. Es sollte damit dokumentiert werden, daß wir in die inneren Verhältnisse von Berlin und Leipzig in keiner Weise irgendwie eingreifen wollten; wohl aber wollten wir Uebergriffe von diesen Städten in das Gebiet der Orts- und Provinzialvereine vermieden wissen. Es ist nun, wie Sie wissen, in der letzten Zeit eine Fehde im Börsenblatt namentlich darüber entstanden, daß, wie namentlich von Leipzig aus gesagt worden ist, Leipzig sich nicht in einem Ausnahmezustande befinde, sondern daß die Statuten des Leipziger Vereins vom Börsenverein genehmigt wären, und daß Leipzig also berechtigt wäre, 10 Prozent zu geben. Diesen Zustand erkennen wir an; wir sagen aber trotzdem: es ist ein Ausnahmezustand, allerdings ein gebilligter Ausnahmezustand. Wenn die Berliner und Leipziger diesen Ausnahmezustand in der Weise wahrnehmen wollen, daß sie dasjenige, was sie verdienen könnten, der Konkurrenz oder irgend welchen lokalen Verhältnissen zum Opfer bringen, so haben wir im Provinzialsortiment dagegen nichts einzuwenden; nur wünschen wir, daß die Bestimmungen, wie sie vom Börsenvereins-Vorstand erlassen worden sind, eingehalten werden. Wir wünschen auf der anderen Seite aber auch, daß die Firmen im Provinzialsortiment, die durch den Börsenverein in keiner Weise gesaft werden können, in die Lage versetzt werden müßten, den Ladenpreis zu respektieren und nicht so, wie es ihnen beliebt, Bücher zu verkaufen. Ich glaube, unter dem Eindruck, daß gerade von diesen Geschäften dem Sortiment eine große Konkurrenz bereitet wird, stehen Sie alle; daß außerordentlich viele Sortimentsgeschäfte dem Börsenverein

nicht angehören, ist bekannt; bekannt ferner, daß Firmen, die früher dem Börsenverein angehört hatten und von diesem wegen Schleuderei ausgeschlossen wurden, ruhig weiter bestehen. Die Thatsache also, daß der Börsenverein gegen diese und jene Firmen, weil nicht oder nicht mehr unter seine Jurisdiktion gehörend, machtlos war, hat uns veranlaßt, nach einem Wege zu suchen, wie diesen Leuten entgegengetreten werden könnte, damit wieder normale Verhältnisse in den Buchhandel einzögen. Und da sind wir, ohne uns irgendwie gegen den Börsenverein oder sonst einen Verein in Opposition stellen zu wollen, nach Rücksprache mit verschiedenen Rechtskundigen dahin gekommen, daß eine endgültige Regelung der Rabattfrage herbeigeführt werden könne, wenn dem Verlag daran gelegen wäre, den Ladenpreis als die Grundlage des Verkehrs mit dem Publikum anzusehen und diesen Ladenpreis zu verteidigen, indem er die Verbindung mit dem Sortiment davon abhängig mache. Wir haben nun durchaus nichts dagegen, wenn, nachdem dieser Weg als der richtige zur Lösung der Rabattfrage erkannt ist, der Börsenvereins-Vorstand diesen Weg beschreiten will. Wir legen ohne weiteres unser Mandat, das uns von den Kreis- und Ortsvereinen gegeben worden ist, in die Hände des Börsenvereins nieder; wir haben uns nur gesagt, daß der Börsenverein schließlich nur mit seinen Mitgliedern verkehrt, nur auf diese Einfluß übt und über sie hinaus höchst wahrscheinlich keine Thätigkeit üben möchte. Deshalb sind wir in diese Agitation eingetreten.

Nachdem ich dies vorausgeschickt habe, möchte ich Ihnen Bericht darüber geben, was wir bis jetzt in der Sache erreicht haben. Sie gestatten mir, um das Bild nicht zu einem allzu trüben zu machen, daß ich zunächst mit dem negativen Resultat beginne. Das negative Resultat liegt, erlauben Sie mir dies offen auszusprechen, bei den Verlegervereinen, ganz besonders bei dem Stuttgarter Verlegerverein. Der Stuttgarter Verlegerverein hat auf unser betreffendes Circular geantwortet, daß er seinen Mitgliedern angeraten habe, den Verpflichtungsschein nicht zu unterschreiben; er würde aber, wie er sich weiter geäußert hat, gern bereit sein, jeden gangbaren Weg zum Schutze des Sortiments zu betreten, und er hoffe, daß in nicht allzuferner Zeit der Börsenvereins-Vorstand sich mit der Sache beschäftigen und die Rabattfrage wohl zu einem guten Ende führen werde. Wir haben uns erlaubt, daraufhin dem Stuttgarter Verlegerverein zu schreiben, daß wir mit Bedauern erfahren hätten, daß er seinen Mitgliedern ein derartiges Vorgehen empfohlen hätte, auch mit Bedauern aus seiner Zuschrift ersehen hätten, daß er den Weg, den wir vorgeschlagen, für nicht gangbar hielte; wir hätten aber die Begründung vermißt, weshalb dieser Weg nicht gangbar wäre. Daraufhin ist eine Antwort des Stuttgarter Verlegervereins eingegangen, in der der Grund der Ungangbarkeit des Weges wieder nicht angegeben, sondern unter anderem nur der Verwunderung Ausdruck gegeben wird, daß für die Tagesordnung des Börsenvereins ein Antrag von Seiten der Kreisvereine nicht gestellt wäre. Meine Herren, ich habe Ihnen schon die Gründe auseinandergesetzt, weshalb wir, bezw. ein Kreisverein nicht an den Börsenverein gegangen sind; wir können nicht an den Börsenverein gehen, weil wir von dem Börsenverein überhaupt nicht anerkannt sind, Briefe von uns von Seiten des Börsenvereins nicht angenommen werden. Wir hätten also unsere Mission einem Kreisvereine übertragen müssen. Wir hatten auch an einen Kreisverein gedacht, aber zu unserem Bedauern ist der betreffende Kreisverein, der aufgefördert wurde, nicht in der Lage gewesen, diesen Antrag zu stellen, und wir konnten bei der Zeit, die uns noch verblieb, einem anderen Vereine den gleichen Antrag nicht mehr zu teil werden lassen.

Der Berliner Verlegerverein hat uns über die Sache ge-